

Änderungsantrag zur Berichtsvorlage V/0303/2015

Münster, 03.06.2015

„Teilhabe an Arbeit für Menschen mit Behinderung in Münster erhöhen - einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen“

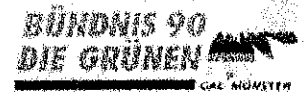


**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung möge beschließen:

- I. Die Berichtsvorlage wird in eine Beschlussvorlage umgewandelt.
- II. Folgende Beschlusspunkte werden eingefügt:
 1. Die Stadt Münster setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass das im Aktionsplan ausgegebene Ziel verfolgt wird, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in Kooperation kontinuierlich weiterzuentwickeln – hin zu einem inklusiven Arbeitsmarkt.
 2. Zur Umsetzung des Ziels fordert die Stadt Münster alle Gesellschaften mit städtischer Beteiligung auf, auf freiwilliger Basis die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen weiter zu erhöhen. Diejenigen städtischen Betriebe, die bislang die gesetzlich vorgegebene Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen nicht erfüllt haben oder weniger als 6% aufweisen, werden gebeten sich aktiv für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in ihrem Betrieb einzusetzen, um eine Beschäftigungsquote von mindestens 6% erfüllen zu können.
 3. Die Stadt Münster sieht sich in der Verantwortung die bislang erreichte Beschäftigungsquote für Menschen mit einer Schwerbehinderung in den kommenden Jahren deutlich zu steigern und hierzu geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu ein Handlungskonzept zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Münster zu entwickeln. Hierbei sind die besonderen Belange von Frauen mit Behinderung einzubeziehen. Die im Bericht dieser Vorlage dargelegten Überlegungen hierzu werden zustimmend zur Kenntnis genommen.



**Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster**

Windthorststr. 7
48143 Münster

Tel. (0251) 8 99 58 10
Fax. (0251) 899 58 15
www.gruene-muenster.de

5. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Vergaberichtlinien der Stadt Münster nach dem Vorbild der beim LWL praktizierten Regelungen so anzupassen, dass Werkstätten und Integrationsbetriebe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez.

Doris Feldmann

Elke Haves

Kristian Kaiser

Thomas Kollmann

Petra Seyfferth

Christoph Kattentidt

Otto Reiners

Sylvia Rietenberg

Harald Wölter

Brigitte Hasenjürgen

Jörg Rostek

Petra Dieckmann